



Eine „schöne Bescherung“

Die Überschrift ist ironisch gemeint. Es wird nichts verschenkt, sondern genommen. Genommen wird jetzt wieder einmal Geld von jedem Bürger dieser Stadt in Form von höheren Gebühren und Beiträgen. Die „Koalition“ von SPD und Grüner Bürgerliste stimmt gemeinsam für höhere Kindergartenbeiträge, für Preissteigerungen beim Wasser, Kanal und Müll. Damit ist die Politik des Bundes und des Landes weitergegeben worden, die durch Einsparungen bei den Kommunen den Rüstungsetat und die Subventionspolitik zugunsten der Konzerne sichert. Daß die SPD als systemerhaltende Partei dies betrieb, verwundert nicht so sehr wie das Abstimmungsverhalten der Grünen Bürgerliste. Sie waren einmal angetreten, um auf allen Gebieten für die Bürgerinteressen zu kämpfen, sie wollten „Fundamentalopposition“ machen. Geblieben ist von solchem Anspruch ein kleinbürgerliches, konservatives Verhalten. Anstatt die Kommunalpolitik eingebettet in die Bundes- und Landespolitik zu betrachten, gesamtgesellschaftliche Lösungen voranzutreiben, die zur Selbständigkeit und Handlungsfreiheit der Kommunen hinsteuern, ist ihre Stimme für Gebührenerhöhungen geprägt von den alten Denkschablonen der bürgerlichen Parteien, die die „kleinen Leute“ rupft und die „Großen“ ungeschoren läßt. Bei aller Kritik an der SPD und der GBL, darf man nicht vergessen, daß die CDU diesmal allein aus destruktivem Verhalten gegen Gebührenerhöhungen stimmte. Sie stimmten nicht aus neuen sozialen Erkenntnissen gegen höhere Gebühren, sondern aus

Groll, weil sie keinen „Fuß in die Tür des Rathauses“ bekommt. Sie wollen gegen Gebührenerhöhungen pfeifen und können nicht mal den Mund spitzen, wenn ihre Parteioberen in Bonn ein Sozialgesetz nach dem anderen abschaffen oder im Sinne des Kapitals verändern.

R. Dötsch

Kumpanen

In den Ausschüssen bot sich bei den Beratungen des neuen Haushaltes ein neues Bild. Wegen der anstehenden Wahl der beiden hauptamtlichen Magistratsmitglieder im nächsten Frühjahr braucht die SPD die „Grüne Bürgerliste“ und diese sucht die SPD, um ihre Vorstellungen zu verwirklichen. So normal, wie sich dies liest, ist das was dann herauskommt keineswegs, denn eine Wahlperiode vorher wären Anträge, wie sie die GBL in Mengen produziert, in Bausch und Bogen abgeschmettert worden. Einige dieser Anträge wurden in ähnlicher Form vor Jahren von uns gestellt und fanden damals keine Gnade bei der Mehrheitspartei. Auf einmal ist dies anders. Selbst unausgelegene, problematische Anträge gingen glatt durch. Heute kursieren die Fragen: Wer kriecht wem in den Hintern? Wird von dem Anbiederungsrausch nur ein Kater zurückbleiben? rd

Wir lassen uns nicht kaufen!

Die FAG ist zusammengesetzt aus der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt. Seit dem Regierungswechsel in Bonn haben die „Schwarzen“ dort die Mehrheit.

Diese Herrschaften und andere die dahinter stehen, wollen jetzt die Startbahn West endlich in Betrieb nehmen. Sie wollen Ruhe im Land. Deshalb bieten sie unserer Stadt 6,5 Millionen Mark.

Sie finden dabei in der CDU einen Gesprächspartner der den Judas-Lohn aushandelt. Als Gegenleistung bringt diese Partei einen Antrag ins Stadtparlament, in dem die Bürger aufgefordert werden doch jetzt endlich mit den Protesten aufzuhören.

Es wird wieder einmal deutlich: Die CDU ist die Hauptstütze eines Gesellschaftssystems in dem alles zur Ware wird. Man glaubt alles kaufen zu können: Menschen und Meinungen, die Justiz, die Parteien, die Medien und Parlamentsentscheidungen.

Die DKP-Fraktion ist gegen diesen Kuhhandel. Die Startbahn West hat uns heute schon einen derartigen Verlust an Lebensqualität gebracht, die auch mit einem vielfachen dieser Summe nicht zu bezahlen ist.

Gerade zwei Mark pro gefälltten Baum wollen die Umweltzerstörer auf den Tisch legen. Dabei sparen sie allein 15 Millionen, wenn die „kleine RWE-Trasse“ gebaut werden würde.

Sollte es zu einem solchen „Abschluß“ kommen, dann gilt in der ganzen Bundesrepublik die Bürgerbewegung gegen die Startbahn West als korrumpiert.

Alle würden sagen, „es war doch wohl >

▽ nicht so weit her mit dem Protest, sie lassen sich kaufen".
 Mit einer solchen Entscheidung würde allen Umweltschutzbewegungen großer Schaden zugefügt.
 Die DKP-Fraktion erklärt: Der Kampf gegen dieses Umweltverbrechen und seine Folgen ist noch nicht zu Ende. Solange die RWE-Trasse nicht verlegt ist, startet von der Startbahn West kein Flugzeug.
 Keine Startbahn für Profit und Krieg!



*Baum mögest Du sehr alt werden!
 Generationen friedlicher Menschen
 spende kühleren Schatten!
 Generationen trillernder Vögel
 biete Haus und Schutz!
 Mußt Du einmal sterben,
 so geschehe dies
 in Frieden und am der
 Schwäche des Alters -
 nicht durch Blitz, Feuer,
 Säge, Sturm sollst
 Du fallen!
 Niemals während Deiner
 Lebens sollst Du Gewalt
 oder Krieg sehen!
 Wahnsinn sollst Du atomaren
 Wahnsinn erleben!
 Sei ein Baum
 des Friedens!*



Die SDAJ-Schülergruppe der „Bertha-Suttner-Gesamtschule“ hat einen Friedensbaum gepflanzt. Möge der Baum wachsen und gedeihen und späteren Generationen vom Friedenskampf unserer Tage berichten.

Gemeinsam wehren

Fast täglich erfahren wir durch die Medien, daß die Rüstungsspirale sich kräftig weiterdreht. Trotz allgemeiner Sparmaßnahmen und Reduzierung der Sozialleistungen steigt der Rüstungshaushalt weiter. Seitdem US-Präsident Reagan seinen politischen Schwerpunkt formulierte, der zum Ziel hat durch Erlangung eines militärischen und vor allem atomaren Übergewichts Druck auf die Sowjetunion auszuüben und die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zu unterdrücken, hört und liest man von den Plänen des Pentagon, daß durch die Stationierung der Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles in Europa, des Baus der Neutronenbombe, der MX-Raketen, der Produktion und Lagerung von chemischen Waffen in der Bundesrepublik, der Verlegung von US-Truppen an die

Grenzen von DDR und CSSR... die Kriegsgefahr wächst.
 Das laute Denken über Erstschlagwaffen, den „Schlägen bis tief in die UdSSR“, der Führbarkeit und Gewinnbarkeit eines atomaren Regionalkrieges in Europa muß nachdenklich machen. So sprach Reagan beim Kohl-Besuch in den USA von den Deutschen, die an vorderster Front stehen. Dazu paßt, daß die USA ihr Hauptquartier aus der „Front“-Zone abziehen wollen. Die Tagung der NATO-Außenminister in Brüssel hat in aller Deutlichkeit klar gemacht, was bisher nur Pessimisten denken konnten.

Haben wir uns an das Säbelrasseln gewöhnt?

„Es gibt Wichtigeres als im Frieden zu leben“. Diesen Satz des ehemaligen US-Außenministers Haig ist von Äußerungen Weinbergers und Reagans noch übertroffen worden. Sie sprachen vom „Kreuzzug gegen den Kommunismus“ und planen den Tod der europäischen NATO-Verbündeten ein. Die neue Bundesregierung beteuert dazu noch unter-

tänigste Freundschaft mit den USA. Sie unterstützt nicht nur die Pläne zur Aufstellung der Mittelstreckenatomraketen in unserem Land, hat nichts gegen die Anwesenheit chemischer Waffen, sie sichert auch durch Streichung und Kürzung der Sozialgesetzgebung die Rüstungsausgaben.

Der Feind steht im eigenen Land

An diesem Tatbestand hat sich seit dem Zeitpunkt, als Karl Liebknecht vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges dies formulierte, nichts geändert. Und er sagte auch: „Der Feind steht rechts“. Die Gefahr ist durch die atomaren Waffen nur weitaus größer.

Friedensbewegung muß noch stärker werden

Die einzige Kraft, die diesen Wahnsinn aufhalten kann, ist eine breite Friedensbewegung. Sie hat heute Anhänger in allen Schichten der Bevölkerung rund um den Erdball, sie ist stärker denn je. Aber es ist notwendig, daß auch die wach werden, die jetzt noch abseits stehen. Das nächste Jahr ist entscheidend für die Wende zum Frieden. Es ist mehr als fünf vor zwölf!

Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole

So kurios es auch scheinen mag, Was für den einen Konsequenzen hat, wird bei anderen stillschweigend geduldet.

Am 30. November wurde dem Anwalt des DKP-Stadtverordneten Herbert J. Oswald ein Strafbefehl über 500,- DM zugestellt. In diesem Strafbefehl wird Oswald beschuldigt, gegen die §§ 90 a Abs. 1 und 2, sowie 25 des Strafgesetzbuches verstoßen zu haben. Im konkreten wird ihm vorgeworfen, am 24. April 1982 die Fahne der Bundesrepublik Deutschland vom Fahnenmast der Stadthalle heruntergeholt zu haben.

Was war passiert? Am 24. April trafen sich ehemalige Fremdenlegionäre in der Stadthalle Walldorf. Gegen diese Veranstaltung protestierte Oswald und brief sich dabei auf die Hessische Verfassung Artikel 69, in dem der Krieg geächtet wird. Man muß wissen, welchen Charakter diese Veranstaltung hatte. Diese Veranstaltung war ein Säbelrasseln ehemaliger Fremdenlegionäre, die sich im Ruhme alter „Helden“-Taten aufleben ließen. Man muß wissen, welche Schandtaten diese Truppen in Algerien und Indochina anrichteten (erst vor knapp einem halben Jahr fand man ein Massengrab in Algerien), das auf die Morde der Legion hinwies). Neben der Fahne unseres Landes hing also die Fahne dieser mörderischen Legion. Beim Herunterholen der Fahne der Bundesrepublik Deutschland verwies Oswald auf diesen unzumutbaren Zustand, daß die Fahne der Bundesrepublik Deutschland neben der Fahne dieser Legion und vor allem bei dieser Veranstaltung gehisst wurde. Der Strafbefehl verdreht die Tatsachen des Vorgehens. Nicht Oswald hat in diesem konkreten Fall den „Staat und seine Symbole“ verunglimpft, sondern die Legionäre, die gegen den Artikel 69 der Hessischen Verfassung, sowie gegen den § 109 h des Strafgesetzbuches verstoßen haben. Über diese Veranstaltung gab es wochenlang Auseinandersetzungen, die sich auch in der Stadtverordnetenversammlung niederschlugen. Dabei geriet auch unser Bürgermeister in das Feuer der Kritik. Die Säbelrassler und Legionäre haben die Konsequenzen aus den Bürgerprotesten gezogen und werden nicht mehr nach Mörfelden-Walldorf kommen. Doch demjenigen, der gegen dieses Söldner-Treffen protestierte und der sich Schläge dieser Ewiggestrigen zuzog, wird jetzt ein Prozeß gemacht. Dies verstößt eklatant gegen die Hessische Verfassung und gegen die Gesetzgebung unseres Landes.



Im strömenden Regen zogen am vergangenen Sonntag einige hundert Bürger zur US-Air Base. Sie forderten: „Weg mit der Air Base“ und „Macht den Flughafen zur atomwaffenfreie Zone“.

Am Gedenkstein für die Opfer des KZ-Außenlagers im Norden von Walldorf wurde ein Kranz niedergelegt. Ein Sprecher auf der anschließenden Kundgebung wies auf die Gefahr hin, die vom militärischen Teil des Flughafens ausgehe. Schon jetzt werden dort ständig atomare Waffen umgeschlagen.

An der US-Air Base wurden die Kundgebungsteilnehmer von deutscher und amerikanischer Polizei empfangen. Die US-Sheriffs waren dabei martialisch anzusehen. Mit Maschinengewehren, schußsicheren Westen, Hunden und aufgepflanzten Bajonetten traten sie den Bürgern gegenüber.



Wenn wir uns „unten“ nicht wehren, wird sich „oben“ nichts ändern!

Rudi Hechler gab für die DKP-Fraktion bei der Haushaltsplanberatung die Grundsatzklärung ab. In der Stadtverordnetenversammlung sagte er u. a.:

Bei der Haushalts-Beratung im vergangenen Jahr kritisierten wir schon die sichtbar werdende „Absprache-Politik“ in unserem Stadtparlament. In diesem Jahr hat diese Politik in den Ausschuß-Beratungen zum Teil groteske Formen angenommen. Es gab keine echten Haushalt-Beratungen sondern ein „Haushandel“. Für Fraktionen außerhalb der „heimlichen“ SPD-GBL-Koalition gab es im Grunde keine Möglichkeit etwas mitzugestalten. Auch in diesem Jahr galt: „Diskutieren darf man – geänert wird nix!“ Mit anderen Worten, man hat den bürgerlichen Parlamentarismus weiter demontiert, man hat die Haushaltsberatung zu einer Politfarce degradiert.

Die komplizierte Lage der SPD

Nun sind wir die letzten, die nicht Verständnis aufbringen würden für die komplizierte Lage der SPD. Auch wir wollen keinen hauptamtlichen CDU-Stadtrat und keinen CDU-Bürgermeister.

Wir haben schon bei der Wahl des Vertreters für die Fluglärmkommission erklärt:

„Es gibt in diesem Stadtparlament eine Mehrheit links von der CDU. Die linken und demokratischen Kräfte in dieser Stadt haben eine große Verantwortung, sie werden mehr als seither darüber nachdenken müssen, in welchen Bereichen eine Zusammenarbeit möglich ist“.

Nur muß man ständig auch untersuchen – was kommt für die arbeitende Bevölkerung dabei heraus. Das allein ist unser Maßstab. Wenn man sich die Ergebnisse der Mitternachts-Beratungen der vergangenen Woche anguckt, dann bemerkt man einige neue Ideen. Es werden mehr Bäume in die Stadt kommen und ein paar Feldholzinseln in die Gemarkung, man wird ein paar Straßenlampen ausschalten und die Grünkompostierung ausprobieren, man wird sich mit der Wurzelraumsorgung befassen und Umweltschutz-Organisationen Unterstützung gewähren. So weit so gut – hier gibt es fast überall Übereinstimmung mit unserer Fraktion.

Positives und unausgegrenztes

Auch bei den anderen „Kindern“ der neuen Ehe gibt es positives und problematisches, manches ist nicht ausgegrenzt, vieles nicht zu Ende diskutiert. Aber – es wird beschlossen.

Das wundert uns nicht, angesichts der Erpreßbarkeit der SPD. Die GBL sollte jedoch angesichts dieser Situation jeden Anflug von Überheblichkeit bekämpfen. Ihr kommunales Engagement sei unbestritten, aber sie möge doch bitte stets daran denken, warum

es diese Änderung des Kräfteverhältnisses in diesem Hause gegeben hat. Hier sitzen 25 Prozent Grüne, weil es eine gewaltige außerparlamentarische Bewegung gegen ein großes Verbrechen gab.

Die Bürger haben Grüne gewählt aus Protest gegen die Startbahn West – aber nicht, damit ihr den ständigen Gebührenerhöhungen zustimmt.

Und – um es noch einmal klar und deutlich zu sagen: Unsere Fraktion ist bereit, in diesem Stadtparlament jeden Beschluß zu unterstützen, der den Interessen der arbeitenden Bevölkerung unserer Stadt dient. Wir werden andererseits jeden Antrag bekämpfen, der diesen Interessen widerspricht. Und wir sagen es heute und morgen: Gebührenerhöhungen dienen nicht den Interessen der Bevölkerung von Mörfelden-Walldorf.

Spitzenverdiener spüren die Gebührenerhöhungen nicht

Karl Marx schrieb einmal: „Das gesellschaftliche Sein prägt das Bewußtsein“. Obwohl wir hier sicher keine Besitzer von Produktionsmitteln bei den Stadtverordneten haben – manchmal kommt es uns vor, als ob der eine oder andere Spitzenverdiener gar nicht mehr weiß, über was er beschließt. Wer über Gebührenerhöhungen befindet, sollte sich nachfolgende Beispiele einmal anhören: Ein Arbeiter bei Opel, Lohngruppe 6, das sind dort ca. 12 000 Kollegen, hat einen Bruttoverdienst von 2 439,- DM. Übrig bleiben ihm nach den Abzügen 1 700,- DM. Nehmen wir an er bekommt noch Kindergeld für zwei Kinder, dann hat die Familie 1 850,- Mark Netto. Der Sozialhilfesatz für eine Familie mit zwei Kindern, bei einer Miete von 550,- DM plus 150,- DM Umlage liegt bei 1 729,- DM. So liegt der Verdienst eines Opel-Arbeiters nur 121,- DM über dem Sozialhilfesatz.

Die Mehrheit der Einwohner unserer Stadt sind Arbeiter und Angestellte mit einem ähnlichen Einkommen. Das, meine Damen und Herren, sind die Betroffenen von Gebührenerhöhungen.

Auch in unserer Stadt gibt es Arbeitslose mit 800,- Mark Einkommen

Ein paar andere Zahlen: Wir haben mittlerweile über 2 Millionen registrierte Arbeitslose. Der DGB rechnet eine Dunkelziffer von rund 1 Million hinzu. Es gibt 1 Millionen Kurzarbeiter. Mit Familienangehörigen sind ca. 7 Millionen Menschen unseres Lan-

des von den Folgen der kapitalistischen Krise betroffen.

53 Prozent der arbeitslosen Männer erhalten unter 1 000,- DM „Arbeitslosengeld“ – 21 Prozent unter 800,- DM. Bei der „Arbeitslosenhilfe“ sind es 91 Prozent die unter 1 000,- DM liegen – 69 Prozent sogar unter 800,- DM. Das sind die Betroffenen von Gebührenerhöhungen.

Hier muß man doch einmal fragen: Weiß der Stadtkämmerer, weiß der Bürgermeister eigentlich, wieviel Arbeitslose es heute schon in unserer Stadt gibt? Oder in eine andere Richtung gesagt: Feldholzinseln sind eine gute Sache, aber lassen wir uns doch bitte davon nie von wichtigen und ernsteren Problemen ablenken!

72,- Mark weniger Kaufkraft

Den Kolleginnen und Kollegen der SPD und der Grünen Bürgerliste ist doch sicher auch bekannt, daß die Reallohne seit 1977 um rund 4,3 Prozent gesunken sind, daß die Arbeiter und Angestellten heute durchschnittlich monatlich 72,- DM weniger zur Verfügung haben, als 1979.

Und dann wollt ihr trotzdem diese Gebührenerhöhungen durchsetzen? Ihr kennt genau wie wir die neuen Arbeitslosenzahlen, ihr kennt den Sozialabbau auf allen Gebieten, die Folgen des Bonner Kahlschlags. Ihr wißt genau wie wir, das kapitalistische Gesellschaftssystem steckt in einer tiefen Krise und die Unternehmer wollen an der Krise des von ihnen so hochgelobten Wirtschaftssystems noch verdienen, Arbeiter und Angestellte aber sollen die Lasten tragen. Hier kommt doch für uns alle der Punkt wo wir im Rahmen unserer Zuständigkeit und mit großer Verantwortung NEIN sagen müssen.

Sozialdemokratische Stadtkämmerer, und das schrieben wir gerade den Fraktionen die für Gebührenerhöhungen plädieren, sollten nicht die Politik der Bonner Grafen nachmachen. Noch im Jahr 1973 forderte die Bundes-Arbeitnehmerkonferenz der SPD: „Die öffentlich kontrollierten Preise für Gas, Wasser, Strom, Verkehrstarife und Post müssen unverzüglich eingefroren werden“.

Was ist davon geblieben?

Der Lambsdorff von Mörfelden-Walldorf?

Da gibt es Verwaltungen, die senken die Wassertemperatur in den Halldänenbädern, wenn daraufhin weniger Bürger schwimmen gehen wird das Bad geschlossen.

Dies ist im SPD-regierten Duisburg so geschehen, nachzulesen in der „Frankfurter Rundschau“ vom 27. November. Zur gleichen Zeit frieren aber auch bei uns die Leute bei einer städtischen Kulturveranstaltung im Bürgerhaus Mörfelden. (Temperatur im Saal 19 Grad – im Foyer 16 Grad). Das Schlimme, schuld war daran nicht etwa ein unfähiger Hausmeister – sondern eine „Anweisung“ aus dem Rathaus. Der Stadtkämmerer sagte bei der Etateinbringung: „Wir sind nicht nur sparsam, sondern geizig“. Wir sollten die Sparsamkeit stets danach untersuchen: „Wem nutzt es? – Wem schadet es?“

Den Weg des Sparens auf Kosten von Lebensqualität sollten Sie, meine Damen und Herren, nicht mitmachen. Wir wollen nicht mor-

gen feststellen müssen: „Der Lambsdorff von Mörfelden-Walldorf heißt Jourdan!“

1982: Das größte Gewinnjahr der Banken

Das helfen auch solche Witzchen nicht weiter: „Also Rudi, ich verkauf jetzt schnell eine Tornado, dann können wir Eure Kinderkrippe bauen“. Der Finanzchef in diesem Hause, ich sage dies gerade wegen meiner persönlichen Wertschätzung, sollte folgendes wissen: Es ist Geld genügend da in diesem Staate. Die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank haben wie viele andere Banken, im Jahr 1982 den größten Gewinn ihrer Geschichte gemacht. Allein die Deutsche Bank hat 1982 über 2 Milliarden Gewinn erzielt. Das sind pro Einwohner der Bundesrepublik 34,- DM. Aber, kommt dann meist sofort, das alles ist doch eine Politik die „weiter oben“ gemacht wird. Das stimmt! Nur, wie soll sich dort etwas ändern, wenn sich unten, also hier bei uns kein Druck entwickelt?

Hat sich die CDU geändert?

Wenn man das heutige Verhalten der CDU zu den Gebührenerhöhungen 1982 sieht, könnte man meinen: „Mein Gott haben die sich geändert!“! Aber jeder der diese Partei ein wenig beobachtet, muß feststellen, das momentane CDU-Gehabe ist blanke Demagogie. Jahrelang hat gerade diese Partei in diesem Hause kostendeckende Gebühren verlangt. Die CDU tritt, wer möchte das bestreiten, für ein Gesellschaftssystem ein, das die Vorrechte der Reichen sichert. Die CDU betreibt in Bonn eine Politik der Ausplünderung der Bevölkerung. Das Konzept der Bonner Rechtskoalition läuft darauf hinaus, die Reichen noch reicher zu machen und die Rüstung noch mehr zu steigern. Eine solche Politik geht auf Kosten kommunaler Leistungen für die Bürger. Die CDU, und das muß man allen Arbeitern und Angestellten in dieser Stadt sagen, ist geblieben was sie war — eine Partei der Reichen, eine Partei des Kapitals. Und ihre aktuelle Haltung bei der Gebührenfrage hängt unmittelbar damit zusammen, daß ihre Pläne für den CDU-Stadtrat gescheitert sind. Anders ausgedrückt: Gebt der CDU einen Stadtrat und sie stimmen allen Belastungen der Bevölkerung zu.

Fast alle DKP-Anträge wurden „niedergebügelt“

Die wichtigen DKP-Anträge zum Haushalt 1983 wurden erneut abgelehnt. Sie bleiben aber auf der Tagesordnung. Es bleibt dabei: Walldorf braucht einen Kinderhort und ein größeres Jugendzentrum. Eine Kinderkrippe ist für eine 30 000-Einwohner-Stadt kein Luxus, sondern eine normale soziale Einrichtung. Dies meint nicht nur die DKP, dies meinen auch die Eltern, dies meinen die Betroffenen.

Die anderen Fraktionen sollten dies registrieren und danach handeln. Vor allem die SPD sollte die Forderung ihrer Kreistagsfraktion beherzigen, die Investitionen für die Planung öffentlicher Gebäude fordert. Wer jetzt solche notwendige kommunalen Einrichtungen plant und baut, wirkt der Arbeitslosigkeit entgegen und befriedigt notwendige Bedürfnisse.

Die Diskussion eines Haushaltsplanes sind Höhepunkte in der kommunalpolitischen Arbeit — es gibt ausführliche, grundsätzliche Diskussionen. Wir haben in dieser Diskussion unsere Meinung gesagt. Wir teilen nicht die Meinung des Stadtkämmerers, der bei der Einbringung des Haushaltes sagte: „Wir müsse uns nach der Decke strecken“. Wir sagen: Diese Decke ist zu kurz.

Gesamtverantwortung zeigen heißt: Das Leben, die große und die kleine Politik in der Gesamtheit sehen. Wir sollten uns nicht freiwillig stromlinienförmig in die herrschende Politik einpassen. Es gibt nach dem Re-

gierungswechsel in Bonn eine neue Situation. Das Konzept der Rechtskoalition ist mittlerweile deutlich zu erkennen. Es läuft darauf hinaus, auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, auf Kosten kommunaler Leistungen, die Reichen noch reicher zu machen und die Rüstungsausgaben noch mehr zu steigern. Wer still und widerstandslos den kommunalen Mangel verwaltet, ermuntert diese Politik der Ausplünderung der Bevölkerung. Wir stimmen dem Haushalt nicht zu, weil wichtige Forderungen der Bürger unserer Stadt nicht realisiert werden, weil der Weg der Gebührenerhöhungen von uns nicht gegangen werden kann.

Die „große“ und die „kleine“ Politik

Jeder, der sich ein wenig um die Tagesprobleme kümmert, weiß, es gibt einen engen Zusammenhang zwischen „großer“ und „kleiner“ Politik. Die DKP-Fraktion übermittelte den Grünen und der SPD vor der Haushaltsberatung einen Brief, in dem es u. a. heißt:

„Bitte beachtet einmal folgende kleine Rechnung. Die Finanzlage unserer Stadt könnte erheblich verbessert werden, wenn:

1. Der Flickkonzern das Steuergeschenk von 450 Millionen DM zurückzahlen müßte und dieser Betrag den Kommunen in der BRD entsprechend der Einwohnerzahl zur Verfügung gestellt würde. Das würde unserer Stadt pro Einwohner 7,- DM (= 210 000,- DM) bringen.
2. Statt der geplanten 322 Tornados zum Stückpreis von über 107 Millionen DM nur 312 gebaut würden und der Gegenwert für nur 10 Tornados weniger den Kommunen zur Verfügung gestellt würde; das würde uns pro Einwohner 18,- DM (= 540 000,- DM) bringen.
3. Wenn der Rüstungshaushalt von ca. 60 Milliarden DM nur um 5% gesenkt würde, so ergäbe das pro Einwohner 50,- DM (= 1 500 000,- Mark).
4. Wenn den Kommunen die durch die Haushaltsoperation '82 (Wohngeld-, Kinder- und Arbeitslosengeldkürzung) entstandenen Folgekosten im Sozialhilfereich von insgesamt 800 Millionen DM zurückerstattet würden. Das würde uns pro Einwohner 13,- DM bringen und insgesamt 390 000,- DM.
5. Wenn die Kommunen die durch die Senkung ihres Anteils am Gesamtsteueraufkommen von 14,1% 1977 auf 13,2% 1982 entgangenen Mittel von bis jetzt 2,4 Milliarden DM zurückerstattet bekämen. Das würde uns pro Einwohner 60,- DM und insgesamt 1 800 000,- Mark bringen. Selbst wenn nur für 1983 der Steueranteil wieder auf 14,1% erhöht würde, so ergäbe das Mehreinnahmen pro Einwohner von 10,- bis 15,- DM und insgesamt für uns 300 000,- bis 450 000,- Mark.
6. Wenn die Mehreinnahmen aus der geplanten Mehrwertsteuererhöhung von 1% (= 7 Milliarden DM) den Kommunen zur Verfügung gestellt würden. Das ergäbe pro Einwohner 116,- DM und insgesamt für unsere Stadt 3 480 000,- DM.

Ihr seht, allein solche realisierbaren, vernünftigen Maßnahmen würden der Stadt über 8,3 Millionen DM einbringen.

Ja, werdet Ihr sagen, aber das ist Politik die „weiter oben“ gemacht wird. Stimmt! Nur, wie soll sich dort etwas ändern, wenn sich unten Druck entwickelt.“

Anträge der DKP-Fraktion

Unsere Initiativen zum Haushalt 1983

Seit Oktober liegt der Haushaltsplanentwurf 1983 vor und die DKP beriet ihn auf einer Klausurtagung. Ausgehend von unserem kommunalen Wahlprogramm stellten wir folgende Änderungsanträge:

1. Die Mittel zum „Aktionsprogramm gegen Flughafenerweiterung“ sollten nicht gekürzt werden, sondern auf dem Stand des letzten Jahres von 25 000 DM bleiben. Der Kampf gegen das Umweltverbrechen ist noch nicht beendet.
2. Die Verfügungsmittel des Bürgermeisters und 1. Stadtrats sollen um 2 000 DM und die des Stadtverordnetenvorstehers um 4 000 DM gekürzt werden. Wir sind der Ansicht, daß in Zeiten, wo höhere Gebühren vom Bürger verlangt werden, die Repräsentanten unserer Stadt Zurückhaltung üben sollten.
3. Die Stadtchronik von Mörfelden sollte endlich zum Abschluß gebracht werden.
4. Im Stadtteil Walldorf soll ein weiterer Kinderhort gebaut werden. Eine Übergangslösung sollte durch Anmietung geeigneter Räume gefunden werden. Weil auch der neue Kinderhort in Mörfelden den Bedarf nicht abdeckt und die Hälfte der Kinder aus Walldorf kommen, ist die Notwendigkeit gegeben.
5. Eine Kinderkrippe soll in unserer Stadt eingerichtet werden. Viele Mütter sind zur Berufstätigkeit gezwungen, können eine Tagesmutter aber nicht finden bzw. bezahlen. Der Bedarf ist durch Umfrage der Stadtverwaltung ermittelt.
6. Eine weitere Schulbushaltestelle im Steinweg-Nord-Gebiet soll eingerichtet werden. Die bestehende Haltestelle in der Schubertstraße ist derzeit stark frequentiert, daß es zu Belästigungen und Zerstörungen kommt.
7. Walldorf benötigt ein neues Jugendzentrum. Das bestehende ist zu klein. Der Magistrat sollte Standortvorschläge machen und Pläne für Bau und Kosten erstellen.
8. Die Umbaumaßnahmen zur Einrichtung von Räumlichkeiten zur Selbst-

Ein Gespräch im „Jahrhundert des Kindes“

Der Stadtelternbeirat protestierte im Rathaus gegen die geplanten Gebührenerhöhungen.

In einem an die Stadtverordneten verteilten Flugblatt heißt es:

Kind: „Warum sollen meine Eltern fast 20 % mehr Kindergartengebühren bezahlen?“

Stadtverordneter: „Es wird eben alles teurer – auch im Kindergarten!“

Kind: „Aber meine Eltern haben doch schon 30% weniger Geld, nur weil wir auf der Welt sind und das Kindergeld ist nun auch gekürzt worden. Ich dachte immer, die Familie steht bei uns unter dem besonderen Schutz des Staates!“

Stadtverordneter: „Das stimmt vollkommen! Wir halten die Familie natürlich hoch in Ehren – unsere schönen Reden füllen sicher ganze Bände –, aber mit dem Alltag müssen die Familien schon alleine fertig werden; oder sollen wir uns darum etwa auch noch kümmern? !“

Kind: „Bekommen wir dann wenigstens mehr Erzieherinnen? Wir haben so oft nur eine einzige Erzieherin in der Gruppe und sie hat dann kaum Zeit für mich.“

Stadtverordneter: „Nein, ihr bekommt jetzt sogar weniger Erzieherinnen und die Leiterin wird auch nicht mehr freigestellt; zum Aufpassen langt doch wirklich eine ‚Erzieherin‘!“

Kind: „Bekommen wir dann vielleicht größere Räume? Weißt du, mit 25 Kindern im Gruppenraum habe ich nur gut einen Quadratmeter für mich – das ist sehr wenig zum lernen, spielen und toben.“

Stadtverordneter: „Wo denkst du hin? Dafür haben wir kein Geld!“

Kind: „Aber könnte nicht die Anzahl der Kinder in der Gruppe verringert werden? Es ist immer so laut und wir treten uns beim Spielen gegenseitig auf die Füße.“

Stadtverordneter: „Jetzt ist aber endgültig Schluß! Deine Forderungen werden immer unverschämter! Wir haben uns schon viel zu lange mit dir abgegeben und nun mach, daß du fortkommst! Dies hier ist Männersache!“

Stadtverordneter (hier müßte es eigentlich CDU-Stadtverordneter heißen, denn nur die CDU verlangt einen dritten hauptamtlichen Magistrat; d. Red.) kurze Zeit später: „... im Interesse der Stadt beantrage ich, daß der hauptamtliche Magistrat auf drei Mitglieder erweitert wird; der Kostenfaktor von 250 000 DM sollte dabei keine Rolle spielen...“

wirtschaftung sollen in 1983 verwirklicht werden. Die Foyerbeleuchtung sollte verbessert werden, damit auch Ausstellungen und Präsentationen dort stattfinden können.

9. Das eingerichtete Beschaffungssamt im Rathaus wird gestrichen. Die Ausgaben scheinen in keiner vertretbaren Relation zum Nutzen zu stehen.

10. Für die Jugendzentren wird durch Personaleinstellung die Situation für die Jugendlichen verbessert. In Zukunft sollen vier Kräfte in der Jugendarbeit eingesetzt sein.

Auch wenn unsere Anträge im Sozialbereich nicht die Mehrheit im Parlament fanden, so werden wir auch in Zukunft um ihre Verwirklichung kämpfen.

DKP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf



Gemeinsam für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen –

Jetzt ist auch offiziell die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik auf über zwei Millionen geklettert. Mit Einbeziehung der Dunkelziffer dürften fast 3 Millionen Menschen ohne Arbeit sein. Seit Bestehen der Bundesrepublik hat die kapitalistische Krise damit den tiefsten Punkt erreicht. Eine Wende zum Besseren zeichnet sich noch nicht ab. Vor diesem Sachverhalt hat die DKP ein Sofortprogramm vorgelegt:

Hunderttausenden Jugendlichen wird die Berufsausbildung verweigert. Über zwei Millionen gemeldete Arbeitslose werden noch vor Jahreswechsel erwartet. Mehr als drei Millionen sollen es im Laufe der nächsten Jahre werden. Hinzu kommt schon jetzt eine Dunkelziffer von mehr als einer Million Arbeitsloser.

Aber Arbeitslosigkeit ist kein unabwendbares Schicksal

Arbeitslosigkeit ist das Ergebnis des kapitalistischen Profitsystems mit seinen Krisengesetzen und seiner Wolfsmoral.

Verschärft wird die Arbeitslosigkeit durch eine Politik, die Milliarden Steuergelder für Rüstung und Raketen verschleudert, statt Arbeit für Millionen zu schaffen. Verschärft wird sie durch eine Politik, die rücksichtslos sozialen Kahlschlag betreibt und nationale Wirtschaftsinteressen von US-Embargo-Strategen mit Füßen treten läßt.

Heute, angesichts des neuen Raubzuges auf die Taschen der Werktätigen, angesichts dramatischer Zuwachsraten der Arbeitslosen, gilt es, sich auf die dringendsten Sofortmaßnahmen zu einigen:

- Verteidigung aller bestehenden Arbeitsplätze. Solidarischer Kampf gegen jede Entlassung und Betriebsstillegung. Freiwerdende Arbeitsplätze sind neu zu besetzen.
- Ausbildungsplatz-Meldepflicht für alle Betriebe, unter voller Ausschöpfung aller Kapazitäten. Einführung einer Ausbildungsverpflichtung für Großbetriebe.
- Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms in Höhe von 50 Milliarden DM, das insbesondere für die Verwirklichung demokratischer Forderungen der Bevölkerung auf den Gebieten des sozialen Wohnungsbaus, des Umweltschutzes, des Gesundheits- und Bildungswesens, des öffentlichen Nahverkehrs und der Versorgung mit sicherer, umweltfreundlicher Energie genutzt werden muß.

- Gesetzliches Verbot von Massenentlassungen und Betriebsverlagerungen ins Ausland.
- Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich und voller Umsetzung in neue Arbeitsplätze.
- Herabsetzung des Rentenalters ohne Rentenminderung.
- Anhebung der Massenkaufkraft durch Verteidigung und Erhöhung der Reallöhne sowie durch Verhinderung des Sozialabbaus, der weitere Arbeitsplätze gefährdet.
- Sicherung und Ausbau des Handels mit den sozialistischen Staaten, gegen die Erpressungspolitik der USA.
- Zahlung des Arbeitslosengeldes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit, unabhängig von Versicherungszeiten oder diskriminierenden Bedürftigkeitsnachweisen.

Dieses Sofortprogramm der DKP, mit dem Hunderttausende Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen würden, kann aus den Rüstungsausgaben, den Superprofiten der Konzerne und Großbanken und durch entschiedene Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität finanziert werden. 50 Milliarden DM für Arbeitsplätze, gegen Elend und sozialen Abstieg, sind wichtiger als 50 Milliarden DM für eine lebensbedrohende Hochrüstung.

Deshalb fordert die DKP:

- Sofortige Kürzung der Rüstungsausgaben um 10 Prozent = 6 Milliarden Mark

- 5-prozentige Arbeitsmarktabgabe auf alle Millionenvermögen = 20 Milliarden DM.
- Eintreibung aller Steuerrückstände der Großunternehmen = 20 Milliarden DM.
- Strenge Verfolgung und Bestrafung der Wirtschaftskriminalität = 5 Milliarden DM
- Anhebung des Spitzensteuersatzes für die Superreichen von 56 auf 80 Prozent und Verhinderung der Steuerflucht ins Ausland = 10 Milliarden DM.
- Streichung der Militärhilfen für faschistische und reaktionäre Systeme in der Türkei, Pakistan und Chile, in denen nach wie vor Gewerkschaften verboten sind und Arbeiterführer eingekerkert werden = 1 Milliarden DM.
- Streichung der Zuschüsse an die EG, die für die Vernichtung von Lebensmitteln, für Preistreiberei und die Vernichtung von Arbeitsplätzen verwendet werden = 2,5 Milliarden DM.

Erst nach voller Ausschöpfung dieser Finanzierungsquellen ist zur weiteren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Ergänzungsabgabe für Jahreseinkommen über 60 000 DM bei Ledigen bzw. 120 000 bei Verheirateten zu erheben. Stellen wir alles Trennende zurück. Finden wir uns in Gesprächen und Aktionen zur Durchsetzung unserer gemeinsamen Interessen, gegen Rotstift und Raketen, für die Verteidigung und Schaffung von Arbeitsplätzen zusammen.



Weihnachtliches Volkslied

Morgen, Kinder, wird's nichts geben
sagt der Bundes-Weihnachtsmann
weil wir in der Krise leben
spare jeder, wo er kann.
Seid zu Opfern stets bereit!
Nicht nur in der Weihnachtszeit.

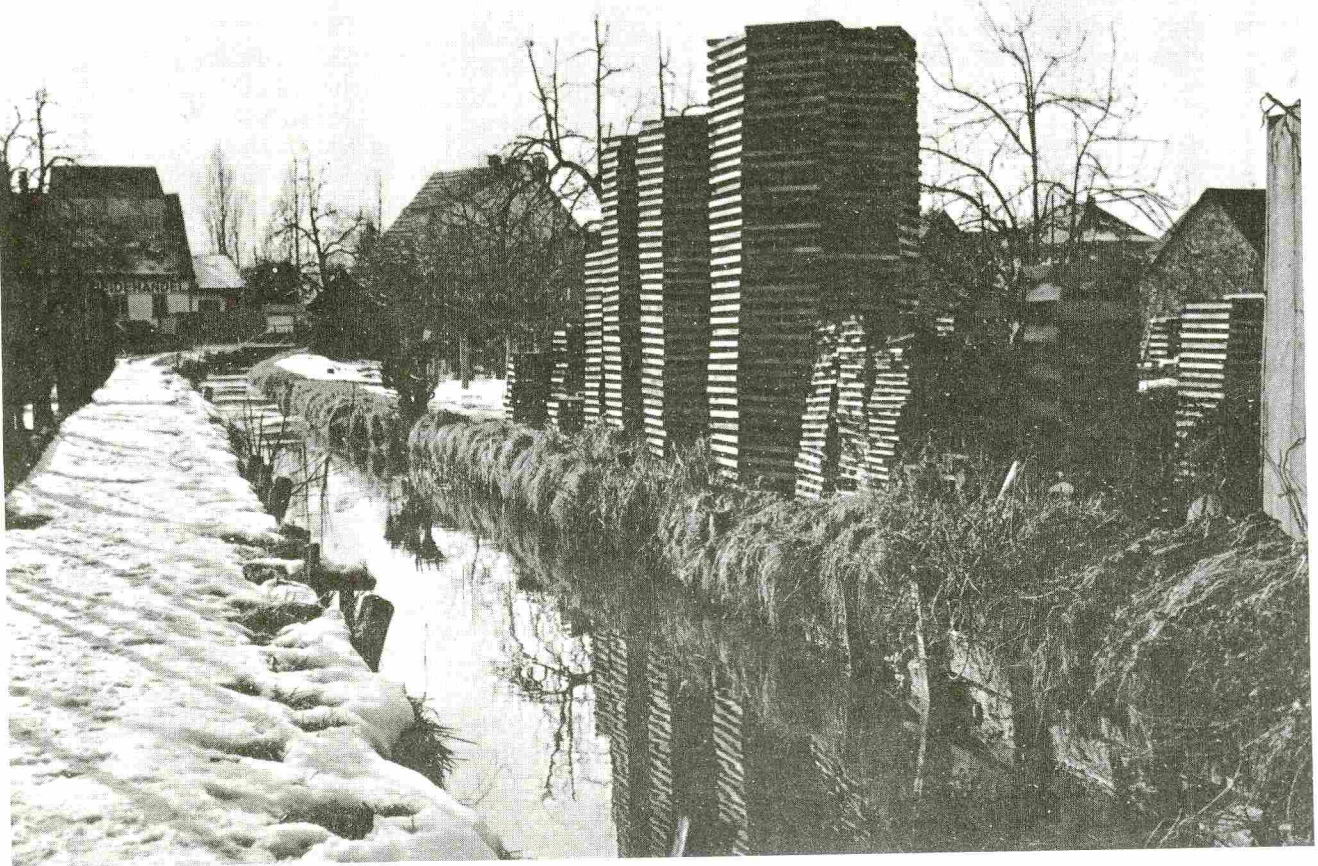
Lohn- und auch Gehaltsempfänger
ob ihr jung seid oder alt
schnallt brav eure Gürtel enger
für den Bundes-Sparhaushalt!
Übt euch in Bescheidenheit!
Nicht nur in der Weihnachtszeit.

Für die Kranken und die Renten
sind die Bundeskassen leer.
Für die Schüler und Studenten
zahlt der Staat kein BAFÖG mehr.
Doch Millionen schenktę gern
er den Herrn vom Flick-Konzern.

Die von Sparsamkeit stets sprechen
ließen sich zum Dank von Flick
korrumpieren und bestechen
Schmiergeld macht die Konten dick.
Und die Korruption gedeiht
nicht nur in der Weihnachtszeit.

Einmal, Kinder, wird's was geben!
Denn das eine ist gewiß:
Was politisch wir erleben
ist ein großer Volksbeschiß.
Sehen das erst alle ein
heissa! Dann wird Zahntag sein.

Wenn nicht mehr von Monopolen
wird beherrscht hier unser Staat
wird das Volk zurück sich holen
was man ihm gestohlen hat.
Dann gibt es Gerechtigkeit
nicht nur in der Weihnachtszeit.



Mörfelden gestern

Ein Stück verlorene Romantik im alten Ortsteil von Mörfelden. Der Mühlbach mit dem Mühlpfad, und im Bild rechts, auf dem Gelände des Küfers („Bachdickhaut“) – aufgeschichtet die Faßdauben zum Fertigen der Apfelweinfässer oder anderer Holzgefäße. Im Hintergrund, leicht zu erkennen, die Mühle mit dem Sägewerk. Der Bachlauf – es gab auch Fische darin – und die Mühle mit dem großen Mühlrad faszinierte Alt und Jung. Die Buben bekamen beim Anblick der vielen Räder und Riemenscheiben sowie bei dem Rattern und Klappern große Augen, aber auch manchmal rote Ohren, wenn sie sich allzuweit vorwagten und der Müller Appel sie überraschte. Vorbei – in unserer Zeit ist kein Platz für Romantik. Der Bach wurde vor Jahren verrohrt und die Fläche darüber asphaltiert. Die Mühle mit Mühlrad und Sägewerk sind nicht mehr. Auch der Küfer gab sein Handwerk auf. – „Mörfelden gestern“.